R-1 Resolution: Kein Fußbreit

Antragsteller*in:	Susann Sziborra-Seidlitz (KV Harz), Sebastian Striegel (KV Saalekreis), Conny Lüddeman und Steffi Lemke (KV Dessau-Roßlau) sowie Claudia Dalbert (SV Halle (Saale))
Tagesordnungspunkt:	7. Anträge

Antragstext

Kein Fußbreit

Antisemitischer, rassistischer und rechter Gewalt wirksam entgegentreten

Das Entsetzen über den rechten Terroranschlag vom 9. Oktober 2019 in Halle klingt nach. Wir, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt, trauern um die Opfer des rechtsterroristischen Anschlags. Wir stehen an der Seite der Opfer, ihrer Angehörigen und aller Betroffenen. Wir sind entsetzt über die Tatsache, dass 75 Jahre nach der Shoah in unserem Bundesland jüdisches Leben zum Ziel eines geplanten Terroraktes wurde. Doch nach Betroffenheit und Trauer müssen nun Taten folgen. So konkret und real, wie die Bedrohung und Gefahr des Rechtsterrorismus sind, muss die Gegenwehr der demokratischen Gesellschaft sein.

Wir teilen und unterstützen ausdrücklich den „Aktionsplan gegen Antisemitismus und Hasskriminalität“ unserer bündnisgrünen Landtagsfraktion vom 17. Oktober 2019. Antisemitische, rassistische und demokratiefeindliche Taten müssen konsequent verfolgt und geahndet werden. Der Schutz von besonders gefährdeten Einrichtungen und Personen ist zu gewährleisten. Der aktive Einsatz gegen Menschenfeindlichkeit, rechten Terror und Hass muss selbstverständliches Anliegen staatlicher und gesellschaftlicher Akteure bleiben. Politische Bildung und Demokratiebildung sind als starke Säule im Kampf gegen Menschenfeindlichkeit unverzichtbar.

Wir unterstützen Initiativen und Vereine in Sachsen-Anhalt, die den demokratischen Grundkonsens verteidigen, extrem rechte Strukturen aufdecken und für unsere moderne offene Gesellschaft einstehen. Wir fordern eine verlässliche, auskömmliche und verbindliche Förderung für die Akteure in den Bereichen Demokratiebildung, Hass- und Gewaltprävention sowie Opferberatung und zivilgesellschaftliches Engagement.

Wir werben um ein Zusammenstehen. Um ein gemeinsames und immer wieder mit Leben erfülltes Bekenntnis aller Demokrat*innen zur Verfassung unserer Republik. Wir werden für die Rückkehr der Selbstverständlichkeit demokratischer Kultur in unsere Parlamente streiten. Der Gewalt der Worte, wie sie zum Beispiel die rechtsextreme AfD in die Stadträte, Kreis- und Landtage und den Bundestag trägt, treten wir entschieden entgegen. Die von ihnen beförderte Verrohung des politischen Diskurses ist Ausdruck und Auswuchs der Verschiebung gesellschaftlicher Normen und sie ist Nährboden für rechte Gewalt und Bedrohungen. Wir werden immer wieder auf diesen Kontext hinweisen und drängen auf eine Beobachtung dieser Partei und ihres Umfeldes durch den Verfassungsschutz. Mit solchen geistigen Brandstiftern kann es für alle Demokrat*innen keine gemeinsame Sache geben.

Die Zunahme antisemitischer, rassistischer und rechter Gewalt und Bedrohung – der Anschlag von Halle ist besonders herausragend aber bei weitem kein

Einzelfall – zwingen wie auch die Wahlerfolge der rechtsextremen AfD alle Demokrat*innen zum handeln. Wo eine solche Partei unter Führung eines Faschisten fast ein Viertel der Bevölkerung erreicht müssen wir gemeinsam Antworten finden – schon aus historischer Verantwortung.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt stehen fest an der Seite von Opfern antisemitischer, rassistischer und rechtsextrem motivierter Gewalt. Wir wollen Schutz und Gerechtigkeit für diejenigen, die angegriffen werden. Und wir setzen uns für eine gesellschaftliche Stimmung ein, die gesonderte Schutzmaßnahmen überflüssig macht.

Kein Fußbreit für Menschenfeindlichkeit! Kein Fußbreit dem neuen Faschismus!